



ERITREA

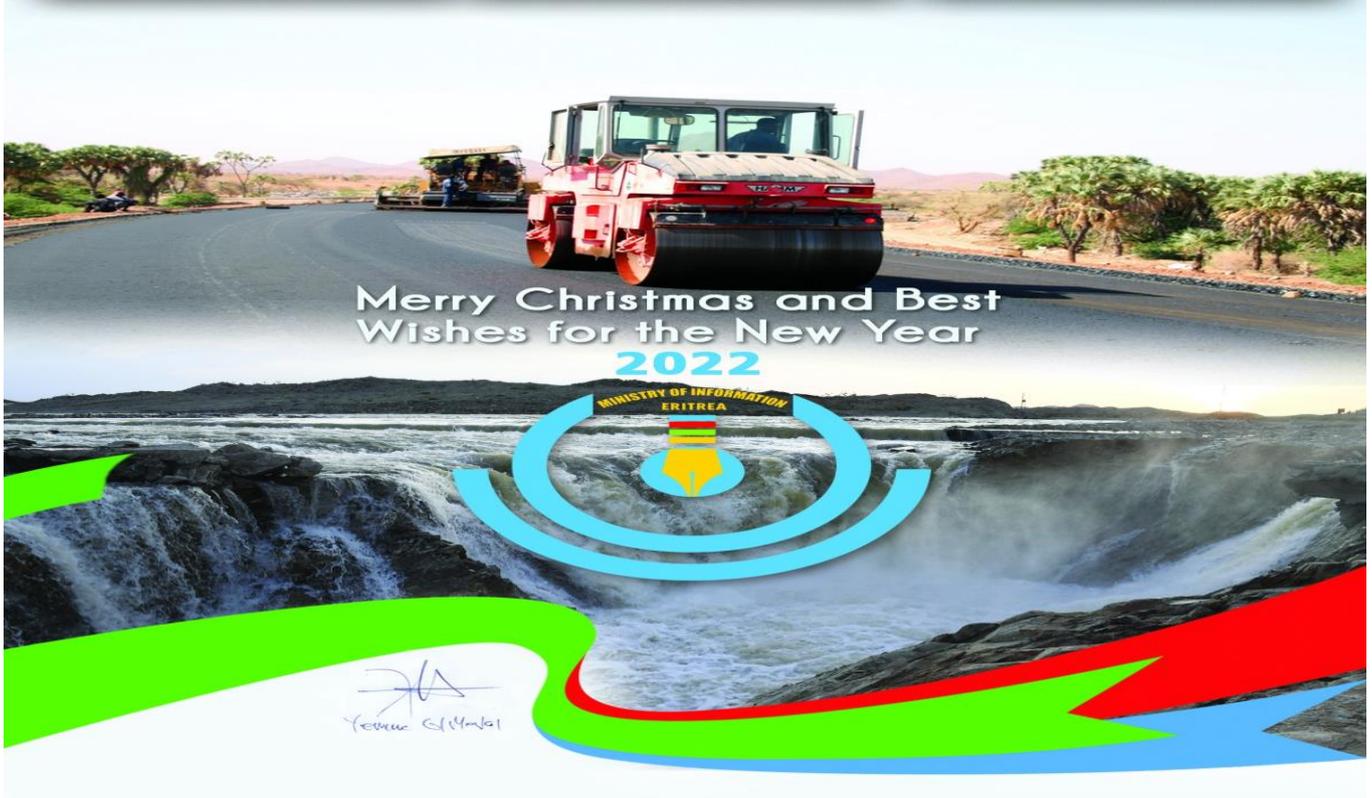


31.12.2021

Botschaft des Staates Eritrea in Deutschland
- Public Diplomacy und Medien -

5. Jahrgang / Nr. 12

Weihnachtsgrüße und die besten Wünsche für das neue Jahr 2022



Veteran Freiheitskämpfer Romodan Mohammed Nur verstorben



Asmara, 30. Dezember 2021 - Der Veteran Freiheitskämpfer und einer der Pioniere und führenden Köpfe des eritreischen Befreiungskampfes, Romodan Mohammed Nur, ist im Alter von 83 Jahren an den Folgen einer Krankheit verstorben.

Der Veteran Kämpfer Romodan trat 1964 der Eritreischen Befreiungsfront (ELF) bei und war in den ersten Jahren des Befreiungskampfes Kommissar der Vierten Abteilung. Romodan war einer der Mitbegründer der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF).

Der Veteran Kämpfer Romodan wurde auf dem ersten Kongress der EPLF zu deren Sekretär gewählt.

Nach der Unabhängigkeit diente Romodan seinem Land und seinem Volk als Gouverneur der nördlichen Rotmeerregion und als Justizminister.

Der Veteran Freiheitskämpfer Romodan Mohammed Nur hinterlässt seine sechs Kinder.

Die Regierung Eritreas und die PFDJ drücken dem eritreischen Volk, seinen Familien und Freunden ihre tiefe Kondolenz über den Tod des Veteranen Romodan Mohammed Nur aus. ■



**Rede von Minister Osman Saleh,
anlässlich des 73. Jahrestages der
Allgemeinen Erklärung der
Menschenrechte**

Erklärung von S. E. Osman Saleh Mohammed
Minister für Auswärtige Angelegenheiten des Staates Eritrea
Anlässlich des 73. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der
Menschenrechte
10. Dezember 2021

Sehr geehrte Minister, Regierungsbeamte, Botschafter,
residierende UN-Koordinatoren und UN-Kollegen, verehrte
Teilnehmer,

wir sind heute zusammengekommen, um den 73. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu würdigen. Ein Instrument, das den Grundstein für die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts im Allgemeinen und der Menschenrechte im Besonderen legt, und es ist auch ein historisches Bekenntnis zu den Idealen der Menschlichkeit.

Die weltweite Annahme des Dokuments ist auch eine klare Erinnerung und ein Hinweis auf die kollektive Verantwortung, die Ideale und Grundsätze der Erklärung zu schützen, zu achten und zu erfüllen. Kein Land ist in dieser Hinsicht ein Champion, und jedes Bestreben sollte gelobt werden! Trotz der wirtschaftlichen Ungleichheiten können wir solche neuartigen Ideale nicht durch Kritik, Benennung und Beschämung erreichen, sondern nur durch Partnerschaft und Zusammenarbeit. Wir können solche Ideale auch nicht gegen enge geopolitische Interessen eintauschen und sie als Instrument zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten benutzen.

Weltweit ist das Versprechen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte noch nicht vollständig eingelöst und hat sich im Laufe der Zeit bewährt, indem sie ihre dauerhaften Werte zur Schaffung von nachhaltigem Frieden und zur Entwicklung der Gesellschaften bewahrt hat. Jede Nation steht vor Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte, und die Anerkennung dieser Realität bleibt ein wichtiger Antrieb, um einen verantwortungsvollen Beitrag zu den kollektiven Bemühungen der Weltgemeinschaft zu leisten. In dieser Hinsicht bleiben Engagement und internationale Zusammenarbeit eine Notwendigkeit, um die Politisierung der Menschenrechte zu vermeiden.

Sehr geehrte Teilnehmer,

Bei dieser wichtigen Gelegenheit möchte ich auf die anhaltende unverantwortliche Anwendung einseitiger Sanktionen durch die USA gegen den Staat Eritrea hinweisen.

Es liegt auf der Hand, dass einseitige Sanktionen gegen Staaten und ihre Organe, einschließlich hochrangiger Beamter, gegen die grundlegenden Prinzipien der UN-Charta verstoßen, nämlich

Souveränität, Selbstbestimmung, souveräne Gleichheit und Achtung der unabhängigen Ausübung der Souveränität der Staaten, ihre eigene Form der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Entwicklung frei zu bestimmen.

Einseitige Zwangsmaßnahmen verstoßen auch gegen die grundlegenden Prinzipien und Ziele der UN-Charta - keine Anwendung von Gewalt oder Androhung von Gewalt, friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen.

Es ist auch ein Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, den Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie gegen das Recht auf Entwicklung. Es ist auch ein offensichtlicher Verstoß gegen das UN-Übereinkommen von 2004 über die Staatenimmunität und die Artikelentwürfe der Völkerrechtskommission zur Staatenverantwortung, von denen einige Bestimmungen den Status des Völkergewohnheitsrechts erlangt haben.

Sie stellen auch unrechtmäßige Handlungen dar, die eine internationale Verantwortung sowohl des Staates, der sie begangen hat, als auch der Staaten, die an ihrer Ausführung beteiligt waren, nach sich ziehen, und der Zielstaat kann sich auf die Regeln der Staatenverantwortung für internationale unrechtmäßige Handlungen berufen und hat möglicherweise Anspruch auf Rechtsmittel.

In der Wiener Erklärung und dem Aktionsprogramm werden die Staaten aufgefordert:

sich aller einseitigen Maßnahmen zu enthalten, die nicht im Einklang mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen stehen und die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten behindern und die volle Verwirklichung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den internationalen Menschenrechtsübereinkünften niedergelegten Menschenrechte behindern, insbesondere das Recht eines jeden auf einen Lebensstandard, der seine Gesundheit und sein Wohlergehen gewährleistet, einschließlich Nahrung und medizinischer Versorgung, Wohnung und der notwendigen sozialen Dienste. Die Weltkonferenz für Menschenrechte bekräftigt, dass Nahrungsmittel nicht als politisches Druckmittel eingesetzt werden dürfen.

Die Verhängung einseitiger Zwangsmaßnahmen steht auch im Widerspruch zu mehreren Resolutionen der Generalversammlung und des Menschenrechtsrats und verstößt gegen diese, ohne die Einzelheiten zu erwähnen. ■

Justizministerium organisiert „Woche des Rechts“



Asmara, 06. Dezember 2021 - Die vom Justizministerium organisierte "Woche des Rechts" wurde am 6. Dezember in Anwesenheit von hochrangigen Regierungs- und PFDJ-Vertretern, religiösen Führern sowie geladenen Gästen unter dem Motto "Recht und Aufbau der Nation" eröffnet.

In ihrer Grundsatzrede bei der Eröffnungsveranstaltung im Rathaus sagte Justizministerin Fawzia Hashim, dass die Achtung und Einhaltung der Gesetze ein kulturelles Erbe ist, das in der eritreischen Gesellschaft von Generation zu Generation weitergegeben werde.

Ministerin Fawzia wies ferner darauf hin, dass seit dem bewaffneten Kampf um die Unabhängigkeit Anstrengungen unternommen wurden, um ein angemessenes Verständnis zu gewährleisten und dieses wertvolle Erbe auf den neuesten Stand zu bringen und an die aktuelle Situation der Nachhaltigkeit anzupassen.

Ministerin Fawzia sagte auch, dass die Tatsache, dass das Recht eine dynamische Regel ist, die die gesamte Entwicklung und die Programme zum Aufbau der Nation bindet, zu einer kontinuierlichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit geführt hat und dass die Woche des Rechts, die vom 6. bis 12. Dezember stattfindet, Teil dieser Bemühungen ist.

Die Hauptziele der "Woche des Rechts" sind die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und die Sicherstellung der Nachhaltigkeit und Kontinuität der identifizierenden Werte, Gesetze und Ordnungen der eritreischen Öffentlichkeit sowie die Gewährleistung einer aktiven und umfassenden Beteiligung aller Bürger.

Die "Woche des Rechts", die bis zum 11. Dezember dauerte, umfasste verschiedene Programme, darunter Seminare zu den Themen "Recht und Nationenbildung" und "Eritrea und internationales Recht" sowie Workshops zur Ausarbeitung und Konsolidierung von Gesetzen und Programmen für Eritreer in der Diaspora, zum Pflanzen von Bäumen, zu sportlichen Aktivitäten, zur Blutspende und zu anderen Themen. ■

Erklärung von S.E. Osman Saleh auf der 8. Ministerkonferenz des Chinesisch-Afrikanischen Kooperationsforums [Forum on China–Africa Cooperation (FOCAC)]

Ihre Exzellenz Aisata Tall Sall, Außenminister von Senegal und Vorsitzender dieser Konferenz,

Ihre Exzellenz Wang Yi, Staatsrat der VR China und Ko-Vorsitzender dieser Konferenz,

Ihre Exzellenzen, Delegationsleiter und ehrenwerte Minister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gestatten Sie mir zunächst, mich meinen Vorrednern anzuschließen und den Regierungen des Senegal und Chinas für die Ausrichtung der 8. FOCAC-Ministerkonferenz und für die uns gewährte herzliche Gastfreundschaft den tiefsten Dank meiner Delegation auszusprechen.

Diese Konferenz hätte zu keinem günstigeren Zeitpunkt stattfinden können. In diesen turbulenten Zeiten wird unsere Weltgemeinschaft weiterhin von einer bösartigen Pandemie, dem Klimawandel und einer polarisierten internationalen Ordnung heimgesucht, die gefährliche Folgen für den globalen Frieden und die Stabilität hat. Diese kolossalen Herausforderungen erfordern gemeinsame Anstrengungen. Wir müssen einen soliden Rahmen für die internationale Zusammenarbeit schaffen, wie er im FOCAC und ähnlichen regionalen/internationalen Rahmenwerken verankert ist.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang zwei Aspekte aus der Rede des Berichterstatters der Region Ostafrika herausgreifen und hervorheben.

Meine erste Bemerkung betrifft die Notwendigkeit gemeinsamer Bemühungen und abgestimmter afrikanisch-chinesischer Positionen innerhalb der UN-Familie zu internationalen und regionalen Fragen von größter Bedeutung. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt von entscheidender Relevanz, um einer rückläufigen Tendenz von Mächten entgegenzuwirken, die die Realität einer ausgewogeneren, für beide Seiten vorteilhaften, multipolaren internationalen Ordnung nicht akzeptieren können.

In dieser einseitigen Weltsicht wird Afrika als bloßes Bauernopfer betrachtet. Es wird als gefangener Hinterhof gesehen, ohne das Recht oder den Spielraum, mit seinen internationalen Partnern zu interagieren, um gemeinsame Interessen durchzusetzen. Infolgedessen werden die anerkannten Normen und Regeln des Völkerrechts weiterhin mit Füßen getreten und die Souveränität von Nationen und Völkern ungestraft in eklatanter Weise verletzt. Die Haltung bestimmter Mächte im Äthiopienkonflikt und die Verhängung einseitiger Sanktionen gegen Eritrea sind Ausdruck dieses falschen Ansatzes. In diesem Fall können Afrika und China zusammenarbeiten, um die Integrität des internationalen Rechts zu gewährleisten. Dazu gehört die Stärkung der Rolle und des Mandats der Vereinten Nationen sowie die Stärkung des Multilateralismus auf der Grundlage von Rechtmäßigkeit und Symmetrie.

Die zweite Bemerkung, die ich machen möchte, bezieht sich auf die Nachhaltigkeit und die Ausgewogenheit des Handels zwischen Afrika und China. Chinas vielschichtige Unterstützung für Afrika ist nach wie vor beträchtlich und lobenswert. Da wir jedoch in der kommenden Zeit zu einem verstärkten Handel in beide Richtungen übergehen, wird ein optimales Handelsgleichgewicht sowohl auf kontinentaler als auch auf der Ebene der einzelnen Länder nur dann erreicht werden, wenn chinesische Investitionen die Wertschöpfung in Afrika erhöhen. Dies setzt voraus, dass sich China nicht nur auf der primären, sondern auch auf der sekundären und tertiären Ebene der Produktion engagiert. Afrika hat in den letzten Jahrzehnten erheblich in sein Humankapital investiert. Infolgedessen verfügen seine jungen und dynamischen Arbeitskräfte über das latente Potenzial, die Vision und den Ehrgeiz, sich in den High-End-Subsektor der Fertigung zu wagen.

Ich danke Ihnen

Orotta College für Medizin und Gesundheitswissenschaften hielt seine Abschlussfeier ab

Das Orotta College of Medicine and Health Sciences (OCMHS) hielt am Samstag, dem 27. November, in den Räumlichkeiten der Universität Asmara seine jährliche Abschlussfeier ab. An der Zeremonie, die die 11. Abschlussfeier des Orotta College of Medicine and Dentistry (OCMD) und die 13. des Asmara College of Health Sciences (ACHS) war, nahmen Mitglieder der akademischen Kommission des OCMHS, Abteilungs- und Programmleiter der Hochschule, Familien der Absolventen und Vertreter der Abschlussklasse 2021 teil. OCMD und ACHS waren getrennte Hochschulen, bevor sie 2018 zu OCMHS fusionierten.

Mit dem Ziel, kompetente, mitfühlende und sachkundige Fachkräfte für das Gesundheitswesen auszubilden, die den Bedürfnissen des Landes gerecht werden, hat die OCMHS in diesem Jahr 230

Meldungen aus ERITREA

Studenten, davon 52,6 % Frauen, in den Bereichen Allgemeinmedizin, Pharmazie, Krankenpflege, klinische Laborwissenschaften und Umweltgesundheit, Zahnmedizin, Optometrie, Radiologietechnologie und öffentliches Gesundheitswesen ausgebildet.

Bei der 13. Aufnahmefeier hat die ACHS insgesamt 194 Studenten graduiert, 51,8 % in BA-Studiengängen und 48,2 % in Diplomstudiengängen, während die OCMD bei ihrer 11. Aufnahmefeier insgesamt 36 Studenten zum Doktor der Medizin promoviert hat. Seit ihrer Gründung hat die ACHS insgesamt 4753 Studenten graduiert, 2060 in Studiengängen mit Abschluss und 2693 in Diplomstudiengängen. Die OCMD hat seit ihrer Gründung 409 Doktoren der Medizin und 83 Zahnärzte graduiert.

Im Zusammenhang mit der Einführung des postgradualen Ausbildungsprogramms für Fachärzte in der klinischen Medizin hat die Regierung Mittel für die Einstellung hochqualifizierter Fachkräfte bereitgestellt, die sowohl als Dozenten als auch als klinische und spezialisierte Gesundheitsdienstleister tätig sind. Derzeit arbeiten 14 ausländische klinische Professoren an der Hochschule.



Nachdem er in seiner Rede die eritreische Regierung für ihr Engagement bei der Ausbildung hochqualifizierter medizinischer Fachkräfte gewürdigt hatte, übermittelte Dr. Yemane Seyoum, Dekan der

Hochschule, den Absolventen und ihren Familien, die an der Zeremonie teilnahmen, sowie denjenigen, die ihren Abschluss in Abwesenheit miterleben mussten, um eine Überfüllung zu vermeiden und die durch Covid-19 notwendig gewordene Distanz zu wahren, seine aufrichtigen Glückwünsche und Wünsche.

Dr. Yemane erinnerte die Absolventen daran, dass sie schon während ihres Studiums an der Hochschule gelernt haben, wie Ärzte, Krankenschwestern, Apotheker, Mitarbeiter in klinischen Laboratorien und im öffentlichen Gesundheitswesen denken. Er sagte, die Hochschule habe nicht lange gebraucht, um zu erkennen, dass jeder der Studierenden eine bemerkenswerte und einzigartige Perspektive in die medizinische Ausbildung einbringen könne, sei es in den Kursen, während der ärztlichen Prüfung, in den Praktika oder bei der Betreuung von Patienten. Dr. Yemane versicherte den Absolventen, dass das College sie darauf vorbereitet hat, sich den Herausforderungen in ihrer zukünftigen medizinischen Praxis in allen

Gesundheitseinrichtungen und Gemeinden zu stellen, und forderte sie auf, ihre berufliche Energie nicht nur den Bedürfnissen ihrer Patienten, sondern auch den ungedeckten Gesundheitsbedürfnissen der Gesellschaft als Ganzes zu widmen.

Im Namen der Abschlussklasse beglückwünschte Yonathan Araia seine Kolleginnen und Kollegen, dankte den Ausbildern und sagte, dass die Welt zwar noch nie so vernetzt war wie heute aufgrund der Fortschritte in Wissenschaft und Technik, aber dennoch mehr denn je geteilt ist. Aber in Eritrea, so fügte er hinzu, tun wir im Gegensatz zu den Industrienationen, in denen Individualismus und Egozentrik die Merkmale vieler Jugendlicher und Studenten sind, alles gemeinsam und helfen uns gegenseitig moralisch, akademisch und sozial.

Yonathan fügte hinzu: "Die meisten von uns hatten die Gelegenheit, unserer Gemeinschaft zu dienen, und versuchten, das im Studium erworbene Wissen zu nutzen, um Bedürftigen zu helfen. Es gibt keinen größeren Verdienst und keine größere Befriedigung; darüber kann niemand streiten." ■

Erklärung von Botschafterin Sophia Tesfamariam während des jährlichen Ministertreffens der G77 und Chinas

Herr Vorsitzender,
Exzellenzen,
Sehr geehrte Delegierte,

ich möchte dem ehrenwerten Außenminister von Guinea, S. E. Dr. Morissanda Kouyate, für die Einberufung dieses jährlichen Ministertreffens der G77 und Chinas danken.

Im Namen meines Ministers, S. E. Herrn Osman Saleh, möchte ich der Republik Guinea für die lobenswerte Arbeit danken, die sie während ihres Vorsitzes in der Gruppe der 77 und China geleistet hat. In diesem Sinne möchte ich auch der Islamischen Republik Pakistan zur Übernahme des Vorsitzes für das Jahr 2022 gratulieren.



Meine Delegation begrüßt die Verabschiedung der Ministererklärung. Es sei daran erinnert, dass unsere Fraktion in den letzten zwei Jahren unter äußerst schwierigen Bedingungen gearbeitet hat. Dass wir trotz unserer vielen Unterschiede unsere Einheit bewahrt haben, ist jedoch eine Tugend, auf die wir stolz sein sollten. Als größte Gruppe innerhalb der Vereinten Nationen ist es wichtig, dass wir diesen Zusammenhalt aufrechterhalten, um die Interessen des globalen Südens zu fördern.

Herr Vorsitzender,
wir sind in das Jahrzehnt der Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs eingetreten, deren übergreifende Ziele die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit in unseren jeweiligen Ländern sind. Die Covid-19-Pandemie hat unsere Fortschritte verlangsamt, und wir sind weiterhin besorgt über ihre langfristigen Auswirkungen.

Wir haben die COP26, die Anfang dieses Monats in Glasgow stattfand, begrüßt, sind aber nach wie vor äußerst besorgt über den mangelnden Fortschritt und die fehlende Bereitschaft, Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel zu übernehmen. Die Entwicklungsländer tragen nach wie vor die Hauptlast dieser Krise, und die Gruppe muss mehr tun und ihre Stimme gemeinsam erheben.

Herr Vorsitzender,

Während wir mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert sind, sind mehrere unserer Länder in dieser Gruppe mit einseitigen Zwangsmaßnahmen konfrontiert. Einseitige Sanktionen sind nichts anderes als ein politisches Instrument, das von den mächtigsten (ehemaligen Kolonialmächten) eingesetzt wird, um ihre Vorherrschaft und Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Sie zielen letztlich darauf ab, den Nationen und Völkern ihr unveräußerliches Recht abzusprechen, ihr politisches und wirtschaftliches System selbst zu wählen. Einseitige Zwangsmaßnahmen sind rechtswidrig, unmoralisch und stellen einen eklatanten Verstoß gegen die UN-Charta dar. Sie müssen von allen verurteilt werden.

Seit mehr als sieben Jahrzehnten ist das Volk Eritreas ununterbrochenen Anfeindungen durch die verschiedenen US-Regierungen ausgesetzt, darunter diplomatischer Druck, Sanktionen und wirtschaftliche Sabotage. Diesen Monat hat die US-Regierung erneut einseitige Sanktionen gegen Eritrea verhängt. Unsere Fraktion muss sich mit denjenigen von uns solidarisch zeigen, die von solchen Maßnahmen betroffen sind, die sich weiterhin negativ auf unsere Bemühungen auswirken, effektiv auf die Folgen der Covid-19-Pandemie und andere Entwicklungsprobleme zu reagieren. Es sollte nicht gezögert werden, die sofortige Aufhebung aller einseitigen Sanktionen zu fordern. Wir müssen unsere Solidarität stärken, unsere Koordinierung verbessern und unser gemeinsames Ziel verfolgen, um einer Politik entgegenzuwirken, die uns auseinanderreißen und einen nach dem anderen ausnehmen will. Wir sollten den Verstößen gegen die UN-Charta, der Politik der Einschüchterung und der Einmischung von außen in die Angelegenheiten souveräner Nationen ein Ende setzen.

Trotz der unerbittlichen Schikanen und Feindseligkeiten wird Eritrea seinen Weg fortsetzen, um eine integrative und auf die Menschen ausgerichtete Entwicklung zu gewährleisten, in deren Mittelpunkt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit steht. Es hat Fortschritte bei der Verbesserung des Bildungs- und Gesundheitswesens, der landwirtschaftlichen Produktivität und der Infrastruktur mit spärlichen Mitteln gemacht. Eritrea wird auch weiterhin dazu beitragen, eine friedliche und kooperative Nachbarschaft am Horn von Afrika und am Roten Meer zu schaffen.

Herr Vorsitzender,

Exzellenzen,

das Jahr 2030 rückt immer näher, und unsere mangelnden Fortschritte bei der Umsetzung der SDG-Agenda werden immer deutlicher. Die Herausforderungen, vor denen wir in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt stehen, sind hoch; das übergreifende Ziel, die Armut in all ihren Formen und Ausprägungen zu bekämpfen und zu beseitigen, scheint nicht mehr erreichbar zu sein.

Abschließend möchten wir noch einmal betonen, dass die Tatsache, dass wir die größte Gruppe innerhalb der Vereinten Nationen sind, ein Vorteil ist, den wir auf allen Ebenen unseres Engagements ausnutzen sollten. Ein starkes und geeintes Auftreten bei gleichzeitiger Überwindung unserer Differenzen wird es uns letztendlich ermöglichen, einen nachhaltigen sozioökonomischen Fortschritt zu erreichen, um die Erwartungen und Bestrebungen aller unserer Völker zu erfüllen.

Eritrea bekräftigt seine Bereitschaft, eng mit den schwesterlichen Mitgliedsländern der Gruppe der 77 zusammenzuarbeiten, um das Ziel einer fairen, gerechten, friedlichen und ausgewogenen globalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung zu verwirklichen.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender.

Jährliche Sitzung des Ministeriums für Arbeit und soziale Wohlfahrt

Asmara, 22. Dezember 2022 - Das Ministerium für Arbeit und soziale Wohlfahrt hat am 18. und 19. Dezember seine jährliche Sitzung zur Bewertung der Aktivitäten und zum Aktionsplan für 2022 abgehalten.

Auf der Sitzung, die unter Einhaltung der Leitlinien zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie stattfand, legten die Generaldirektoren des Ministeriums Tätigkeitsberichte vor, die von den Teilnehmern ausführlich diskutiert wurden.

Die Ministerin für Arbeit und Soziales, Luul Gebreab, wies in ihrer Rede darauf hin, dass das Ministerium lobenswerte Programme zur Unterstützung benachteiligter Bürger und der Familien von Märtyrern durchgeführt hat, um sie in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und produktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Minister Luul wies darauf hin, dass die Programme die Sicherung der Rechte von Kindern, die Unterstützung von Behinderten, die Bereitstellung von Hilfsmitteln, die Unterstützung von Familien von Märtyrern, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Benachteiligte sowie die Stärkung der Arbeitssicherheit und des Arbeitsplatzes umfassen und lobte die Beteiligten für ihre starke Mitwirkung und Koordination bei der Umsetzung der Programme.

Minister Lulu rief auch alle betroffenen Institutionen und Akteure dazu auf, ihre Beteiligung und ihren Beitrag zu verstärken, um ein besseres Ergebnis zu erzielen. ■

Recht und Nationenbildung

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel wurde vom Justizministerium anlässlich der vom Ministerium veranstalteten "Woche des Rechts" verfasst.

Der Aufbau einer Nation ist eine komplizierte Aufgabe, die volle Hingabe und Engagement erfordert. Eine Nation, die auf einem soliden Fundament steht, kann auch in turbulenten Zeiten Bestand haben. Der Aufbau einer Nation ist ein Prozess, der Schritt für Schritt erfolgen muss und in erster Linie die Kraft der Jugend, die Weisheit der Älteren und die Neugierde der Kinder erfordert. Mit Worten allein lässt sich die Komplexität des Aufbaus einer widerstandsfähigen Nation nicht beschreiben, aber es besteht kein Zweifel daran, dass das Recht beim Aufbau einer Nation eine wichtige Rolle spielt.

Ein Blick auf die dokumentierten und nicht dokumentierten Gewohnheitsgesetze Eritreas zeigt, dass sie selbst die kleinsten Details der gesellschaftlichen Normen regeln. Die Art und Weise, wie man spricht, sich kleidet, grüßt, andere anspricht und sogar die Essensgewohnheiten bei öffentlichen Anlässen waren in den Gewohnheitsgesetzen geregelt. Die Gesellschaft sah damals aus wie ihre Gewohnheitsrechte und die Gewohnheitsrechte sahen aus wie die Gesellschaft. Das Recht wurde als göttlich angesehen, und daher war es selbstverständlich, dem Gesetz zu gehorchen. Und wenn es Unklarheiten in den Gesetzen gab, verlangten die Menschen, dass so schnell wie möglich neue Gesetze erlassen wurden. Es war die Pflicht eines jeden Bürgers, die Rechtsstaatlichkeit zu respektieren. Gesetze bilden unsere Identität. Aus verschiedenen eritreischen Sprichwörtern geht hervor, dass der Respekt vor dem Gesetz unübersehbar war.

አገ ምቅረዳ ኢድ ዳርጋ ዘላ' (Ein vom Gesetz abgeschnittener Arm, als ob er noch da wäre)

Spätere nationale und internationale Gesetze hatten einen direkten Einfluss auf die Geschichte und das Verhalten Eritreas. Die Grenzen wurden durch italienische Abkommen mit dem kaiserlichen Äthiopien festgelegt. Auch der Beschluss der Vereinten Nationen vom Dezember 1950, Eritrea mit Äthiopien zu föderieren, trug seinen Teil dazu bei.

Die Anwendung von Gewohnheitsrechten wurde sowohl von den Italienern als auch von den Briten geduldet, von den äthiopischen Herrschern jedoch verboten. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, welche Auswirkungen solche rechtsbezogenen Prozesse auf die Identität und das Verhalten der Eritreer hatten. Das Referendum, ein weiterer zentraler rechtlicher Prozess, der 1993 durchgeführt wurde, als die eritreische Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit stimmte, ist ein Beweis dafür, dass die Eritreer eine endgültige Lösung mit rechtlichen Mitteln bevorzugten. Die unerschütterliche Haltung des eritreischen Staates, sich an die Entscheidungen und Schiedssprüche der internationalen Gerichte zu halten, die zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarländern eingerichtet wurden, ist ein weiterer Beweis für ein solches Verhalten.

Das Recht kann als das bestimmende, normierende und begrenzende Bindemittel aller Komponenten der Nationenbildung angesehen werden. Es ist keine Komponente an sich, sondern bildet die Grundlage für andere Komponenten der Staatsbildung. Der Gehorsam gegenüber dem Gesetz ist ein kulturelles Erbe des eritreischen Volkes, das von Generation zu Generation weitergegeben werden muss. Damit es uns gelingt, dieses Erbe anzunehmen und es als nationale Tradition zu verankern, müssen wir uns einige Fragen stellen. Wie viele von uns sind sich bewusst, dass Recht ein weites Feld ist, das über das Streiten im Gerichtssaal hinausgeht? Haben wir das Grundwissen über unsere eritreischen Gesetze? Gibt es bei uns noch die nationale Kultur des Ehrgeizes, unsere Gesetze zu kennen und zu befolgen? Sehen wir, wie in der Vergangenheit, wie unsere Gesetze aus und sehen unsere Gesetze wie wir aus?

Bis heute hat die eritreische Regierung 312 Rechtsinstrumente mit mehr als 6.000 Seiten verkündet. Das Recht ist in jeder einzelnen Aktivität des Aufbaus der eritreischen Nation präsent. Im Rahmen eines Projekts zur Konsolidierung dieser nationalen Gesetze wurden die eritreischen Gesetze in 39 Kategorien unterteilt, die von der Gründung der Regierung bis zur Bearbeitung internationaler Kredite, von der Landwirtschaft bis zum Gesundheitswesen, vom Bank- und Finanzwesen bis zum Verkehrswesen, von den öffentlichen Finanzen bis zur Fischerei und von der Umwelt bis zur Arbeit reichen. Indem sie jeden dieser

Bereiche regeln, dienen die eritreischen Gesetze als Grundlage für die effiziente Nutzung aller Komponenten des Staatsaufbaus.

Im Rahmen des Konsolidierungsprojekts sollen die Gesetze der Öffentlichkeit und der internationalen Gemeinschaft in gedruckter und elektronischer Form über das Internet zugänglich gemacht werden. Diese Bemühungen müssen von intensiven öffentlichen Kampagnen begleitet werden, um die breite eritreische Gemeinschaft nicht nur dazu zu bringen, die eritreischen Gesetze zu kennen und zu schätzen, sondern auch in den Justizsektor einbezogen zu werden, beispielsweise durch ein institutionalisiertes Verfahren, bei dem ausgewählte Fälle vorbehaltlich der richterlichen Genehmigung auf Gemeinschaftsebene geregelt werden können.

Auch auf internationaler Ebene hat Eritrea seine Bereitschaft gezeigt, sich in Angelegenheiten, die die internationalen Beziehungen betreffen, zu engagieren, u. a. durch die Mitgliedschaft in rund 130 regionalen und internationalen Rechtsinstrumenten. Es engagiert sich weiterhin in regionalen und internationalen Foren, in denen Angelegenheiten, die regionale und internationale Gesetze und Interessen betreffen, diskutiert werden.

In diesem Geiste der Betrachtung der Rolle des Rechts bei der Gestaltung der eritreischen Identität und Geschichte sowie seines Stellenwerts im Prozess der Nationenbildung haben das Justizministerium und die breitere juristische Gemeinschaft eine "Woche des Rechts" (6.-11. Dezember 2021) unter dem Motto "Recht und Nationenbildung" durchgeführt. Zu den Aktivitäten in dieser Woche gehören Seminare, Diskussionsforen, kostenlose Rechtsberatung in ganz Eritrea, ein Webinar mit der eritreischen Diasporagemeinschaft und eine öffentliche Ausstellung, in der Teile der eritreischen Rechtsgeschichte anhand von Schaubildern und anderen visuellen Instrumenten dargestellt werden. Außerdem wurde ein Wettbewerb für juristisches Wissen veranstaltet, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit für juristische Fragen zu testen. Zu den sozialen Aktivitäten gehören Blutspenden, das Pflanzen von Bäumen und Radrennen.

Grund-, Mittel- und Oberschüler wurden in die Ausstellung gebracht, bekamen einen speziell für sie erstellten Animationsfilm gezeigt und durften sich über ihr Wissen und ihr Verständnis des Rechts und dessen Rolle in ihrem Leben austauschen. Die Medien berichteten ausführlich über die "Woche des Rechts", und auf dem Sozial-Media-Konto des Ministeriums wurde darüber berichtet und diskutiert. Die Botschaft, die mit dieser Woche vermittelt werden soll, ist klar: Das Recht war, ist und wird auch in Zukunft die Grundlage des eritreischen Aufbauprozesses sein, und jedes Mitglied der eritreischen Öffentlichkeit muss neugierig bleiben und an der jahrhundertealten Tradition festhalten, sich an das Gesetz zu begeben. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet einmal mehr: "Sehen wir aus wie unsere Gesetze und sehen unsere Gesetze aus wie wir?" ■

Tatsachenverdrehung für "humanitäre Intervention"

Abraham Tesfay (*Meldungen aus* ERITREA *Gastkolumne*)

Die Flut alarmistischer Artikel, die in der vergangenen Woche in großen westlichen Zeitungen veröffentlicht wurden, und die damit einhergehenden Äußerungen prominenter politischer Persönlichkeiten

in den USA und Europa über den Krieg in Äthiopien werfen tief greifende Fragen nach dem Zeitpunkt, den Motiven, der Absicht und dem eigentlichen Ziel auf.

Unter anderem haben die New York Times, das in Washington ansässige Center for Strategic Studies (CSIS) und Project Syndicate, die in Großbritannien ansässige The New Arab und die in Brüssel ansässige EPPA "Nachrichtenberichte und Analysen" veröffentlicht, in denen sie ähnliche, stereotype Argumente anführen, um die Sache voranzutreiben.

Human Rights Watch und Amnesty International trugen mit ihren typischen Berichten über "Telefoninterviews mit tatsächlichen Opfern" über angebliche "schreckliche Gräueltaten der Amhara-Kräfte in West-Tigray" ihren Teil bei.

Und zu allem Überfluss haben die EU-Mitgliedstaaten und ihre Verbündeten einen von Slowenien unterstützten Antrag auf eine Sondersitzung des UNHRC zu Äthiopien eingebracht. Die aufdringliche Resolution wurde am vergangenen Freitag mit knapper Mehrheit angenommen, obwohl sich Afrika vehement dagegen aussprach. Dies hat einige scharfsinnige afrikanische Beobachter dazu veranlasst, darüber nachzudenken, ob es sich bei der ganzen Farce nicht um eine zweite Auflage der modernen "Berliner Konferenz: Wettlauf um Afrika" handelt, wenn auch in einem Mikrokosmos.

Die "erschütternden" Erzählungen, die in diesen diffamierenden Presse- und Politikkampagnen dargestellt werden, können wie folgt umschrieben und destilliert werden: "Vertreibung von Millionen von Menschen, Massenhunger und hungerähnliche Zustände in der Region Tigray, die durch die absichtliche Blockade der Regierung herbeigeführt und verschlimmert wurden, Massenvergewaltigungen und ethnische Säuberungen als Mittel der Politik sowie willkürliche Tötungen und Inhaftierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit". (Für die Verursacher dieser Hetzkampagnen ist eine abwertende Erwähnung und Anklage Eritreas ein Grundnahrungsmittel, ein routinemäßiges und "unwichtiges Anhängsel" in ihrer Berichterstattung). Kurz gesagt, die Drehbücher drehen sich um erfundene Anschuldigungen über "flagrante Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Rechts, die auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinauslaufen können".

Das düstere Bild wird absichtlich mit übertriebenen Darstellungen aufgebauscht und mit zweifelhaften "Zeugenaussagen von Opfern" untermauert, ohne dass angemessene Modalitäten und Mechanismen zur Validierung vorgesehen sind. Die "mögliche Implosion und Zersplitterung Äthiopiens" mit ihren "schwerwiegenden Folgen für den Frieden und die Stabilität in der Region" wird ebenfalls angeführt, um die Dringlichkeit und Notwendigkeit eines "Eingreifens von außen" zu verleihen.

Das "Endspiel" dieser verzweifelten Manöver scheint über die Verhängung und Verstärkung illegaler und einseitiger Zwangsmaßnahmen gegen die eritreische und äthiopische Regierung hinauszugehen. Einige der berüchtigten Falken in diesen Kreisen drängen insgeheim auf eine robustere "humanitäre Intervention". Und obwohl sie sich der Unrechtmäßigkeit dieser Maßnahmen bewusst sind, wird über die USA versucht, einen Konsens herzustellen, um die "Unterstützung der G7" zu gewinnen.

Eine weitere, völlig neue Dimension der konzertierten Verleumdungskampagne ist der Versuch, ein neues, falsches Narrativ über die Ursprünge des Konflikts in Nordäthiopien zu schaffen.

In der Vergangenheit bestand die hinterhältige Strategie des Mächtekonsortiums, das von Anfang an darauf aus war, die TPLF in der einen oder anderen Form politisch-militärisch zu sanieren, darin, ihre ursprüngliche Kardinalsünde zu verharmlosen. Zu diesem Zweck wurde das Ereignis in neutralen Begriffen wie "... der Konflikt brach am 3. November aus" oder in der abgeschwächten Variante "... Äthiopiens Premierminister schickte die TPLF" beschrieben: "Äthiopiens Premierminister schickte Truppen, um die TPLF nach einem kleineren Angriff/Gefecht in einer Militärbasis zu unterwerfen".

So unbeholfen und unaufrichtig dieses Narrativ auch war, es wird nun verworfen und durch eine absurde und unverhohlene Lüge ersetzt: "dass der Krieg von langer Hand geplant und zuerst von der äthiopischen Regierung mit der Ermutigung und dem Einverständnis Eritreas begonnen wurde". Die neue entsetzliche Behauptung lautet nun, dass der von der TPLF ausgelöste Konflikt "in Wirklichkeit ein Krieg der Wahl" für „die Opfer“ war.

Die Wahrheit auf den Kopf gestellt; höchste Zeit für einen Realitätscheck!

1. Der seit einem Jahr andauernde brutale Krieg im Norden Äthiopiens wurde einzig und allein dadurch ausgelöst, dass die TPLF in der Nacht des 3. November letzten Jahres massive, vorsätzliche und koordinierte militärische Angriffe auf alle Kontingente des äthiopischen Nordkommandos startete. Die TPLF setzte 250.000 Milizionäre und Spezialeinheiten ein, die sie im Laufe der Jahre für die Operation ausgebildet hatte, die ihre Befehlshaber als "Blitzkrieg" bezeichneten.
2. Mit dem rücksichtslosen Aufstand verfolgte die TPLF das Ziel, das Nordkommando vollständig zu neutralisieren, alle schweren Waffen zu erbeuten (die etwa 80 % der gesamten EDF-Ausrüstung ausmachten) und die Bundesregierung zu stürzen. Teil des Plans war die anschließende Invasion in Eritrea.
3. Diese Informationen waren von Anfang an öffentlich bekannt, zumal hochrangige TPLF-Kommandeure in den ersten Tagen des Konflikts im lokalen Fernsehen und in ihren externen Medien mit dem "unvermeidlichen Ausgang" ihres Aufstandskrieges prahlten. Die TPLF-Führer gingen davon aus, dass ihr Kriegsplan mit einem schnellen Erfolg enden würde, da sie außerdem fast ein Drittel des 32.000 Mann starken Kontingents infiltriert und kooptiert hatten, und zwar in Verbindung mit abwegigen ethnischen Loyalitäten. Selbst wenn der Angriff in den darauffolgenden Tagen vereitelt wurde, hat der Verrat und Aufstand der TPLF allein in dieser kurzen Zeit mehr als 3.000 äthiopische Soldaten das Leben gekostet.
4. Die Kardinalverbrechen der TPLF, nämlich Verrat und Aufstand, herunterzuspielen und praktisch zu dulden, und in diesen seltsamen Zeiten die Geschichte von gestern zu revidieren, um eine völlig falsche Geschichte zu fabrizieren, ist verachtenswert und unentschuldigbar. Dies geschieht natürlich absichtlich. Tatsache ist, dass die Unterstützer der TPLF die Auswirkungen ihres Aufstandskrieges im Hinblick auf die geltenden Normen und Bestimmungen des nationalen und internationalen Rechts genauestens kennen. Sie sind sich sehr wohl bewusst, dass ihr Eintreten für die politische und militärische Rehabilitierung der TPLF und ihre finstere Agenda mit normativen staatlichen Praktiken und Rechtmäßigkeit unvereinbar sind. Sie wissen, dass dies die Achillesferse in ihrem

Werkzeugkasten ist und dass es ein heikles Thema bleiben wird, wenn es nicht irgendwie verworfen und verdrängt wird. Wenn also eine Notlüge ausreicht, warum nicht einen Versuch wagen!

5. Die einseitige politische Haltung der Steigbügelhalter der TPLF (im Wesentlichen die USA und die EU) hat den Diskurs sowie wirksame und sinnvolle Abhilfemaßnahmen zur Abwendung und Milderung der humanitären Folgen des Krieges weiter verzerrt. Anstatt sich wirklich für eine Beendigung des Krieges auf der Grundlage der Legalität und eines dauerhaften regionalen Friedens einzusetzen, besteht der unkluge Ansatz dieser Mächte darin, die äthiopische und die eritreische Regierung heimtückisch zu dämonisieren und zum Sündenbock zu machen, um ihre bevorzugten politischen Ziele zu erreichen. Das Tempo ihrer Bemühungen hat in der Tat in negativer Korrelation zu den "militärischen Erfolgen" der TPLF abgenommen und zugenommen.
6. Die umfassende und gewaltsame Rekrutierung von Kindersoldaten durch die TPLF, die sie bei ihren Militäraktionen in den Regionen Afar und Wollo rücksichtslos als Kanonenfutter eingesetzt haben; die Beschlagnahmung von mehr als 1.100 UN-Lastwagen für Truppenbewegungen; und die Gräueltaten, die sie begangen hat, wurden in den Mainstream-Medien, die sich nicht scheuten, fast täglich alle Anschuldigungen gegen andere Akteure zu wiederholen, ohne sich auch nur im Geringsten um deren Wahrheitsgehalt zu bemühen, kaum berichtet. Der Beginn des Aufstandskrieges der TPLF im November letzten Jahres während der kritischen Erntezeit und die Ausweitung des Krieges im Juni dieses Jahres - wiederum während der Hauptregenzeit - wurden nicht im Hinblick auf ihre negativen Folgen für die Nahrungsmittelproduktion in Tigray untersucht, insbesondere angesichts der Tatsache, dass mehr als 1,6 Millionen arme Bauernfamilien seit über 12 Jahren auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind.
7. Andeutungen über "ethnische Säuberungen", die von bestimmten Kreisen von Zeit zu Zeit geäußert werden, sind lächerlich und zeugen von einer geringen Kenntnis der gegenwärtigen politischen Dynamik in Äthiopien. Institutionalisierte ethnische Zugehörigkeit ist und bleibt das Markenzeichen der TPLF; ihr schändliches Markenzeichen und Vermächtnis in der äthiopischen Politik seit ihrer Machtübernahme im Jahr 1991. Die TPLF setzte dieses politische Instrument ein, um permanente Spannungen und ethnische Polarisierung zu schüren und so ihr Machtmonopol zu erhalten. Das Ende dieser Politik durch landesweite Proteste im Jahr 2018 war eine Gegenreaktion und eine klare Absage an diese abscheuliche Politik. Den Hauptbösewicht und Ausbund an ethnischer Zugehörigkeit als "Opfer" darzustellen, ist jedoch abwegig und weit hergeholt. Dies lenkt natürlich nicht von der politischen Aufgabe ab, die giftige Politik der ethnischen Fragmentierung und Balkanisierung umzukehren, um ein gesundes und normatives Klima der Gleichheit und Einheit innerhalb der Vielfalt zu fördern.
8. Die ambivalente und "dualistische" Agenda der TPLF - dauerhafte Monopolisierung der Macht in Äthiopien durch ethnische Polarisierung und Feindseligkeit oder Ausübung der Option der "Sezession" - ist eine weitere destabilisierende Folge ihrer ethnischen Agenda, zumal letztere die territoriale Vergrößerung von "Greater Tigray" durch gewaltsame Besetzung und Einverleibung angrenzender Gebiete in Äthiopien und weite Teile souveräner Gebiete in Eritrea beinhaltet.

9. Aus all den oben genannten Gründen ist die "humanitäre Agenda", die von den Befürwortern der TPLF selektiv vorangetrieben wird, inkohärent, unangemessen und nach allen Maßstäben unhaltbar. Dies hat nichts mit echten Bemühungen zu tun, den Krieg von vornherein zu verhindern und seine humanitären Folgen durch energische und konstruktive Anstrengungen zu vermeiden und zu mildern. Die Indizien und Anekdoten, die auf eine geheime Zusammenarbeit dieser Mächte mit der TPLF bei ihren Kriegsanstrengungen hindeuten, sind ebenfalls zu zahlreich, um sie zu ignorieren. Sie reichen von Dokumenten der TPLF und regelmäßigen Eingeständnissen ihrer hochrangigen Beamten, die die stillschweigende Zustimmung dieser Mächte zu ihrer anfänglichen Offensive sowie die anschließende Unterstützung ihrer jüngsten Offensiven belegen, bis hin zu materieller Unterstützung, einschließlich sensibler Satelliteninformationen, Bereitstellung von Kommunikationsausrüstung usw. Unaufgeforderte Äußerungen und diplomatische Entgleisungen von Sondergesandten der USA und der EU, die die Regierungen der Region im Wesentlichen verunglimpfen und auch die übergeordnete Agenda der Aufhebung des Dreierabkommens zwischen Eritrea, Äthiopien und Somalia offenlegen, verstärken nur die Schlussfolgerung, dass die zugrunde liegende Agenda nicht von rein humanitären Erwägungen geleitet wird, sondern andere Ziele verfolgt.
10. Dies ist der Hintergrund der Dämonisierungskampagnen und einseitigen Zwangsmaßnahmen, die bisher ergriffen wurden. Und während die rücksichtslosen militärischen Abenteuer der TPLF scheitern, scheint die Tendenz bei den berüchtigten Falken im Lager der Weichensteller der TPLF dahin zu gehen, auf mehr vom Gleichen zu drängen, anstatt die Torheiten der Vergangenheit ernsthaft zu prüfen und zu korrigieren. Die Region am Horn von Afrika, der afrikanische Kontinent als Ganzes und starke Stimmen im globalen Süden und anderswo haben diesen Weg der Illegalität, des Chaos und der Zerstörung mit dem passenden Ruf #NoMore zurückgewiesen.

Die in Gastbeiträgen geäußerten Ansichten geben die Meinung der Autoren wieder und entsprechen nicht notwendigerweise denen der „Meldungen aus ERITREA“ - Redaktion.

Falls Sie diesen Newsletter regelmäßig erhalten möchten, bitte kontaktieren Sie uns unter dieser E-Mail:
botschafteripubdiplomacy@t-online.de



Infektionen= 8011

Davon Genesene= 7746

Todesfälle= 76

Stand: 31.12.2021



**Herausgeber:
Botschaft des Staates Eritrea in Deutschland
- Public Diplomacy und Medien –
Stavangerstr. 18
10439 Berlin
Tel: 030-44 67 46 19**

**Für noch mehr Informationen über Eritrea bitte besuchen Sie unsere Website
<https://botschaft-eritrea.de>**

E-Mail: botschafteripubdiplomacy@t-online.de